

Presse-Information

Nr. 918

24. März 2009

Heute mit folgenden Themen:

- **Abwrackprämie: Anträge ab 30. März nur noch im Internet**
- **Maut: Schiedsverfahren dauert immer länger**
- **Studien beweisen: Kosten für Mobilität stark gestiegen**
- **Urlaubstrends 2009: 48 % planen Ferien im Heimatland**
- **Motorrad-Industrie gegen technisch einengende EU-Typengenehmigung**
- **Fahrgastrechte: Busunternehmen fürchten neue EU-Bestimmungen**

Abwrackprämie: Anträge ab 30. März nur noch im Internet

Bad Windsheim (ARCD) – Ab 30. März, 8.00 Uhr gilt für die Abwrackprämie ein neues Antragsverfahren. Ab dann muss die Prämie bei der Behörde online reserviert werden, wie das Bundesamt für Wirtschaft und Außenkontrolle (BAFA) am Montag mitteilte. Ziel des neuen Verfahrens sei es, die Planungssicherheit für Autokäufer zu erhöhen. Allerdings bedeutet die Reservierung keineswegs, dass man die Prämie auch tatsächlich erhält, warnt der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD): Ist die Fördersumme erschöpft, gehen alle restlichen Antragssteller leer aus! Um eine Reservierung für die Subvention in Höhe von 2.500 Euro zu erhalten, muss zusammen mit dem unter www.bafa.de abrufbaren Formular „UMP-Neu“ im Anhang eine Kopie des Kauf- oder Leasingvertrages oder der verbindlichen Neufahrzeug- oder Jahreswagenbestellung gemalt werden. Wie das BAFA mitteilt, nimmt sie die Kopien nur im pdf-Format an. Der Antragsteller erhält eine automatische Eingangsbestätigung. Ab dem 16. April folge dann der Registrierungsbescheid zusammen mit einem Verwendungsnachweisformular, kündigte das BAFA an. Die Reservierung gilt für sechs Monate. In dieser Zeit müssen alle in der Richtlinie geforderten Unterlagen zusammen mit dem Verwendungsnachweis nachgereicht werden. Als Stichtag gilt nach dem derzeitigen Stand der 31. Januar 2010. Der ARCD befürchtet wegen des geforderten pdf-Formats Schwierigkeiten bei Antragstellern, die über keine entsprechende Scan- und Konvertierungstechniken verfügen. Das BAFA sollte deshalb Übermittlungsmöglichkeiten in anderen gebräuchlichen Dateiformaten ermöglichen, fordert der Club. Vom Autohandel erwartet der ARCD als Serviceleistung für Käufer eine Unterstützung bei der Online-Übermittlung der Reservierungsanträge. Antragsteller, bei denen bis einschließlich 29. März 2009 alle Voraussetzungen für die Gewährung der Prämie vorliegen, können den Antrag mit dem bisherigen Formular noch bis spätestens 15. April 2009 (Eingang im BAFA) einreichen. **ARCD**

Maut: Schiedsverfahren dauert immer länger

Bad Windsheim (ARCD) – Die beiden Schiedsverfahren zwischen dem Bund und Toll Collect wegen gegenseitiger Forderungen bei der Lkw-Maut bringen frühestens Ende 2010 ein Ergebnis. Dies teilte das Bundesverkehrsministerium jetzt dem Bundestagsausschuss für



Presse-Information

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit. Ursprünglich rechnete die Bundesregierung mit einem Ende der Auseinandersetzung im Jahr 2007. Im ersten Verfahren hatte der Bund im Herbst 2004 gegen die Toll Collect und deren Konsorten Deutsche Telekom AG und Daimler Financial Service AG Klage erhoben auf Leistung von 3,5 Milliarden Euro Schadenersatz wegen entgangener Mauteinnahmen sowie 1,6 Milliarden Vertragsstrafen wegen diverser Verletzungen des Maut-Betreibervertrages. Im zweiten Schiedsverfahren verklagte die Betreibergesellschaft Toll Collect GmbH offenbar als „Retourkutsche“ den Bund Ende 2006 auf Zahlung angeblich zu Unrecht gekürzter Betreibervergütung und auf Entschädigung für Zusatzaufträge. Beide Schiedsverfahren sind laut Verkehrsministerium „inhaltlich verschränkt“. Dies kann nur heißen, dass Toll Collect durch Gegenforderungen billiger davon kommen will. Die erste mündliche Verhandlung vor dem nicht öffentlich tagenden Schiedsgericht gab es im Juni 2008. Beide Parteien sollen sich nun bis Anfang April 2009 zu ihren Positionen äußern. Kommt es zu keinem Vergleich, wird das Schiedsgericht ein Urteil fällen – und damit voraussichtlich frühestens sieben Jahre nach Beginn des Streits. **ARCD**

Studien beweisen: Kosten für Mobilität stark gestiegen

Bad Windsheim (ARCD) – Mobilität droht zum Luxusgut zu werden. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Verkehrsforum in seiner jüngst in Berlin veröffentlichten Infas-Umfrage über die Kosten von Mobilität und Klimaschutz. Drei Viertel von 2000 befragten Personen ab 18 Jahren gaben an, dass ihre Mobilitätskosten in den vergangenen drei Jahren gestiegen seien. Durch diese Steigerung fühlen sich 70 Prozent der Befragten „persönlich stark eingeschränkt“. Je geringer das Einkommen, desto stärker wird die Einschränkung empfunden. Die Studie zitiert Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nach denen die Verkehrskosten (Kraftwagen, Kraftstoffe, Wartung, Verkehrsdienstleistungen) zwischen 2000 und 2008 um rund 27 Prozent angestiegen sind – deutlich stärker als die Preise für Wohnungskosten (+ 19,4 Prozent) oder Freizeitausgaben (+ 1,1 Prozent). Vor allem für ihr Auto müssen die Deutschen immer tiefer in die Tasche greifen, wie eine aktuelle Studie des Instituts für Automobilwirtschaft (IFA) im Auftrag der Prüforganisation Dekra zeigt. Danach ist im Zeitraum von 1995 bis 2007 der Preisindex für die Anschaffung und den Unterhalt von Autos um 34,3 Prozent gestiegen. Extrem verteuerten sich die Finanzierungskosten für ein Auto: zwischen 2005 und 2007 um rund 40 Prozent. Jeden zweiten Euro büßen die Autofahrer im Schnitt durch den Wertverlust ihres Fahrzeuges ein (- 50,4 Prozent), wobei dieser jeweils mit der Größe des Fahrzeugs wächst. Der zweitwichtigste Posten sind die Kraftstoffkosten (23,9 Prozent), gefolgt von Steuer und Versicherung (16,5 Prozent) sowie Wartung und Reparatur (9,2 Prozent). Die IFA-Studie nennt vier Hauptansatzpunkte, wie Autohersteller zur Kostenreduktion beitragen könnten: durch eine wartungs- und reparaturfreundliche Konstruktion der Fahrzeuge, die Optimierung der Servicekonzepte in Bezug auf Qualität und Kosten, durch eine verbesserte Langzeitqualität und eine auf zeitloses Fahrzeugdesign ausgerichtete Produktpolitik. Den Händlern empfehlen die Autoren eine Preispolitik unter Verzicht auf Rabatte, die den Restwert der Altfahrzeuge mindern. **ARCD**

Urlaubstrends 2009: 48 % planen Ferien im Heimatland

Bad Windsheim (ARCD) – Im Auftrag der EU-Kommission hat das Gallup-Institut Mitte Februar eine EU-weite Umfrage zu den Urlaubsplänen der Bürger für das Jahr 2009 durchgeführt. 28 % der befragten 27 000 Europäer waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher, ob sie überhaupt



Presse-Information

Urlaub machen wollen; nur 19 % gaben an, dieses Jahr weder einen Kurz- noch einen Langurlaub zu planen. 15 % wollen mindestens 15 aufeinanderfolgende Tage fern von daheim zubringen, 10 % werden sich Haupturlaub und Kurztrips leisten. Zum Vergleich: 2008 haben 58 % aller Europäer mindestens vier aufeinanderfolgende Feriennächte außer Haus verbracht. Durchschnittlich 48 % aller Reisenden wollen ihren Urlaub 2009 im eigenen Land verbringen – im Vorjahr waren es nur 43 %. Deutsche Urlauber zieht es hingegen nach wie vor in die Ferne: Nur 27 % der Reiselustigen gaben an, ihren Haupturlaub in der Bundesrepublik verbringen zu wollen, je 6 % haben sich bereits für Spanien oder Italien entschieden. 41 % aller in der EU Befragten gaben an, ihr Urlaubsbudget stelle keine finanzielle Zusatzbelastung dar. Rund 40 % müssen für den Urlaub noch ansparen, nur 11 % verzichten aus finanziellen Erwägungen auf Urlaubsfahrten. Die Top-Reiseziele der Europäer, die 2009 Urlaub im Ausland verbringen wollen, sind Spanien, gefolgt von Italien und Frankreich. An vierter Stelle rangiert Griechenland, vor den USA, der Türkei, Kroatien und Österreich. Urlaubsziele außerhalb der EU gewinnen aufgrund des „starken“ Euro 2009 an Gewicht: 24 % der Auslandsreisen gehen in EU-Länder, 28 % in Drittländer. Und worauf würden Urlaubsreisende am ehesten verzichten, sollte das Budget nicht reichen? 42 % würden nach ARCD-Informationen den Winterurlaub streichen, 23 % auf die Nebensaison ausweichen und 20 % näher gelegene Urlaubsziele wählen. In erster Linie wollen die Europäer jedoch beim „Urlaubstaschengeld“ sparen, sprich vor Ort weniger shoppen oder auf zusätzliche Wellness-Dienstleistungen verzichten. **ARCD**

Motorrad-Industrie gegen technisch einengende EU-Typengenehmigung

Bad Windsheim (ARCD) – Die geplante Zusammenfassung administrativer und technischer Vorgaben der Typengenehmigung in einer einzigen EU-Richtlinie für motorisierte Zwei- und Dreiräder wird von den Motorrad-Herstellern befürwortet. Dies biete laut europäischem Dachverband ACEM den zusätzlichen Vorteil, europäische und internationale Standards so weit wie möglich in Einklang zu bringen. Allerdings sollte die EU-Kommission in Sicherheitsfragen die Wahl der Mittel der Industrie überlassen: „Obligatorische Ausrüstung mit ABS ist nicht der richtige Weg“, kommentiert der ACEM den geplanten Novellierungsvorschlag. Diese technische Vorgabe könnte die Entwicklung und den Einsatz neuer fortschrittlicher Bremssysteme verlangsamen. Überdies sei ein klassisches Anti-Blockiersystem etwa bei Zweirädern im Offroad-Gebrauch kontraproduktiv. Die Industrie entwickle derzeit „advanced braking systems“, die das Ziel erhöhter Sicherheit bei gleichzeitiger Kostenminimierung besser erreichen könnten. Die Hersteller wollen sich nach ARCD-Informationen freiwillig dazu verpflichten, bis 2010 die Hälfte aller neuen Motorräder und Mopeds mit modernen Bremssystemen anzubieten. 2015 soll dieser Wert auf 75 % steigen. Die Motorradindustrie will auch die Umweltverträglichkeit ihrer Zwei- und Dreiräder in zwei Phasen jenen der Autoindustrie anpassen, allerdings benötigt sie nach eigenen Angaben zur Einhaltung der Euro5/6-Norm mindestens drei Jahre Vorlaufzeit. **ARCD**

Fahrgastrechte: Busunternehmen fürchten neue EU-Bestimmungen

Bad Windsheim (ARCD) – Europäische Verbände von Tour-Operatoren und Busreiseunternehmen richten einen Appell an den Verkehrsausschuss des EU-Parlaments, bei seiner Abstimmung über Fahrgastrechte bei Busreisen (Ende März) nicht nur an die Fahrgäste zu denken, sondern auch an die betroffenen Unternehmen. Die Idee der Ausweitung der Fahrgastrechte auf Busreisende scheine lobenswert, meinte Tom Jenkins, Direktor der ETOA



Presse-Information

(European Tour Operator Association); er zweifle jedoch daran, dass diese gesetzlichen und finanziellen Vorschriften Busreisen tatsächlich attraktiver machen. „Denn Autobusse sind schon heute die sicherste und umweltfreundlichste Reisevariante im Straßenverkehr.“ Dennoch nehme in erster Linie der Auto-Urlaubsverkehr zu. Der Dachverband IRU (International Road Transport Union) befürchtet, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagene Regelung von den Busunternehmen nicht eingehalten werden könne. Die anvisierte Höhe der Haftungsverpflichtung von Busunternehmen bei Unfällen sowie Entschädigungszahlungen bei Verspätungen seien unangemessen und für die Mehrheit der vorwiegend kleinen und mittleren Busreiseunternehmen unannehmbar. Im Todes- oder Verletzungsfall sieht die EU-Verordnung derzeit Entschädigungszahlungen von bis zu 220 000 Euro pro Fahrgast vor. Bei Annullierung einer Busreise ohne ausreichende Information über andere Verkehrsmittel zum Zielort ist überdies neben der Rückerstattung des Fahrtpreises auch eine Entschädigung in Höhe von 50 % des Ticketpreises vorgesehen. Rund 7 % aller Reisen in der EU werden in Autobussen zurückgelegt. Sollten Busunternehmen ihre finanzielle Zusatzbelastung auf die Reisekosten aufrechnen, könnte dies den Preisvorteil von Busreisen zunichte machen und der Sektor würde – trotz besserer Fahrgastrechte – weitere Kunden verlieren, fürchtet die IRU. **ARCD**

